



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Parlamentarisches aus Österreich.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Parlamentarisches aus Osterreich.



ie „Gewissensehe,“ die seit sechs oder sieben Jahren offenkundig zwischen dem Ministerium und der Reichsratsmehrheit bestand, aber beharrlich nur für ein freundschaftliches Verhältnis ausgegeben wurde, ist durch feierliche Erklärungen des Ministerpräsidenten und des Finanzministers zur legitimen Verbindung geworden. Es ist müßig, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, warum gerade jetzt mit diesen Erklärungen hervorgetreten wurde, und um nichts fruchtbarer, die Widersprüche zwischen dieser und frühern Kundgebungen hervorzuheben. Ohne Zweifel glaubte Graf Taaffe, als er sein erstes Kabinet aus Mitgliedern verschiedener Parteien zusammensetzte, wirklich an die Möglichkeit, sich „über den Parteien“ zu halten; und wenn er sich auch bald überzeugen mußte, daß das bei dem parlamentarischen System unmöglich sei, hatte er aller Wahrscheinlichkeit nach triftige Gründe, seinen Irrtum nicht einzugestehen. Er sollte und wollte die Tschechen vermögen, sich wieder an der verfassungsmäßigen Thätigkeit zu beteiligen, aber dahin ging sein Auftrag nicht, die Slawen zur herrschenden Partei zu machen — damals gewiß nicht. Auch jetzt erkennt er die Thatsache nur mit einem Vorbehalt an, die Handhabung der Gesetze soll nach wie vor „unparteiisch“ erfolgen. Daß dieser Nachsatz von der Opposition nur mit ironischen Bemerkungen aufgenommen wurde, konnte ihn allerdings nicht überraschen. Denn die slawische Partei will ja nicht gerecht gegen die Deutschen sein, nicht in der Gesetzgebung, nicht in der Verwaltung. Wenn auch einzelne Führer sich einer gewissen Vorsicht in den Äußerungen befleißigen, in den Handlungen zeigt sich, daß zwischen dem Ziele der Heißsporne und dem ihren kein Unterschied besteht; nur sind sie klug genug, einzusehen, daß dasselbe nicht in einem Anlauf erreicht werden kann. Zuerst die Deutschen in Böhmen, Mähren, Schlesien, Krain, Untersteiermark Schritt für Schritt zurückdrängen und Zug um Zug hinabdrücken, bis sie hilflos und rechtlos wie die Ruthenen in Galizien sind; gleichzeitig die slawischen Elemente in Kärnten, Istrien, Dalmatien, Niederösterreich großziehen und stärken, damit „die steigende slawische Flut“ von Norden, Osten und Süden her die kerndeutschen Alpenländer überschwemmen kann: das klingt abenteuerlich, muß aber der Plan sein, weil sonst nicht zu begreifen wäre, daß die Jugend aller Stände der Beherrschung der deutschen Sprache beraubt werden soll. Aus ausschließlich slawischen Volks-, Bürger-, Gewerbe-, Gymnasien, technischen Hochschulen und Universitäten werden bald viel mehr arbeitsame und „strebame“ Leute hervorgehen, als das böhmische und windische Reich zusammengenommen auf ihrem zum Teil wenig ergiebigen Boden er-

nähren und in nationalen Ämtern unterbringen können. Früher ergoß sich der Überschuß in alle übrigen Länder der österreichischen Monarchie, und die goldne Zeit war, als tschechische Beamte und Lehrer bis Temesvar und Brody als „Germanisatoren“ den deutschen Namen verhaßt machten. Nun sind ihnen Ungarn und Galizien verschlossen, die deutschen Länder verschließen sie der neuen Generation freiwillig, mithin müssen sie hoffen, diesen Ländern nach und nach den deutschen Charakter zu nehmen. Schon nimmt man sich nicht mehr die Mühe, der Begehrlichkeit ein Mäntelchen umzuhängen. Jemand soll in seinem Rechte verkürzt werden, wenn ein in seiner Angelegenheit gefälltes Urteil nicht ursprünglich in seiner Sprache abgefaßt, sondern in dieselbe aus einer andern übersetzt worden ist — diese ungeheuerliche Behauptung ernstlich zu verteidigen, mochte niemand einfallen in einem Lande, in welchem die Gesetze in einer Sprache verfaßt und in alle übrigen landesüblichen übersetzt werden. Aber — es sind nicht immer vereidigte Übersetzer vorhanden! Folglich wäre anstatt der berückichtigten Sprachenverordnung einfach die Anstellung solcher zu verfügen gewesen. Oder nehmen wir den neuesten Fall, in welchem der Grundsatz des Junker Alexander mit seltener Naivität befolgt wird. So oft in Böhmen ein Fest der Deutschen geplant wird, verbietet die Polizei „im Interesse der Ruhe und Ordnung“ jedes Hervortreten in die Öffentlichkeit. Jetzt hat sie auch dem tschechischen Turnverein in Prag, der seine Gründungsfeier begehren will, die Erlaubnis zu einem Anzuge versagt. Darob höchste Empörung, Beschwerden überall, wo sie anzubringen sind, wutschäumende Zeitungsartikel, drohende Resolutionen der städtischen Behörden u. s. w. Und zwar wird stets wiederholt, dieser Fall liege ganz anders, diesmal sei keine Gefahr für Ruhe und Ordnung vorhanden. Die verschiedenen weisen Thebaner kümmert die auf der Hand liegende Schlußfolgerung nicht: jede Feier der Deutschen wird durch den tschechischen Böbel gestört werden, das versteht sich von selbst, von der deutschen Bevölkerung jedoch ist im umgekehrten Falle keine Ausschreitung zu befürchten, sie sind zu gesittet und friedliebend! Natürlich haben die windischen Affen der Tschechen sich von diesen sofort das zweierlei Maß ausgeliehen, und leider ist es nicht mehr ein lächerliches Schauspiel allein, wenn die Herren Führer eines winzigen, armen Volksstammes mit ihrer neuslowenischen Sprache, die sie selbst nicht verstehen, sich als ebenbürtig den Deutschen und Italienern zugleich gegenüberstellen, denn sie, wie die Tschechen in Böhmen und Mähren, erfreuen sich eines Statthalters, welcher auf jeden Fall ihnen näher steht als den Deutschen, und als Mitglieder der Regierungspartei können sie Berücksichtigung ihrer Wünsche fordern.

Die Haltung der tonangebenden liberalen Blätter ist auch bei dieser letzten Wendung schwer verständlich. „Die Lage ist geklärt“ — bedurfte sie der Klärung? Daß aber das Ministerium sich nun als Ministerium der Mehrheit bekennt, müßte von Rechtswegen die Anhänger des Parlamentarismus mit Befriedigung erfüllen. Das Veröhnungsprogramm, die Stellung über den Parteien lieferte ihnen ja un-

erschöpflichen Stoff zu Angriffen und Neckereien. Jetzt haben sie das Parteiministerium, „wie es im Buche steht.“ Freilich war ihnen das Versöhnungsministerium gar nicht so verhaßt, wie sie vorgaben, die Hoffnung, auf die eine oder die andre Weise in demselben Fuß zu fassen, einzelne Mitglieder sich zu verbinden, andre zu verdrängen, ist wohl nie gänzlich aufgegeben worden. Haben die letzten Wochen diese Verblendung endlich beseitigt, so ist wenigstens etwas Gutes bei der Sache. In allem übrigen sieht es traurig aus. Zur parlamentarischen Mehrheit werden es die Deutschen nicht wieder bringen, so lange sie nicht in der Lage sind, die allbekannten Mittel anzuwenden, welche noch jeder geschickten Regierung den Sieg verschafft haben; je weiter man das Wahlrecht ausdehnt, desto größer wird die Macht der Slawen und der vaterlandslosen Merikalen. Soll man auf außerordentliche Ereignisse rechnen, wie diejenigen, welche das erste „Bürgerministerium“ ans Ruder brachten? Und soll dann wieder parteimäßig regiert werden, damit die Tschechen wieder davon gehen, ohne daß doch all das Unheil, welches seit 1880 angerichtet worden ist, wieder gut gemacht werden könnte? Osterreich ist eben nicht parlamentarisch zu regieren — wenigstens nicht, bevor die Grundlagen des Staatswesens endlich gegen neue Experimente und gegen die Gelüste der Nationalitäten und Nationalitäten sichergestellt sind.

„Und in der That, ein tüchtiges Geschäftsministerium thäte dem Lande not, mit einem charaktervollen Manne an der Spitze, der bündig zu befehlen, vor allem das freigewordene Volk zur Arbeit anzuhalten und reicher zu machen verstünde. Zunächst dazu berufen, das Werk in die Hand zu nehmen, wäre der König selbst. Das ist freilich inkonstitutionell, denn im Katechismus steht: der König herrscht, aber regiert nicht; aber unter gegebenen Umständen, am richtigen Orte, in Zeiten des Überganges ist der Scheinkonstitutionalismus die vollkommenste Staatsform, eine Selbsthilfe der Natur bei widriger Lebensordnung. Und wenn dabei die Stimmen im Redetempel, dem Parlament, auf eine Weile minder laut würden, auch das mißtönende Orchester der täglichen Presse etwas gedämpfter spielen müßte, der Nachteil wäre nicht allzugroß.“ So schrieb vor neun Jahren Victor Hehn in seinem klassischen Buche über Italien; mit einer geringen formalen Abänderung passen die Sätze auf Osterreich heute, wie seit Jahren. Wahrscheinlich würden auch viele die Sätze in dieser Anwendung unterschreiben, wenn man sich dadurch nicht der Verfehmung durch die „Organe der öffentlichen Meinung“ aussetzte. Gegen alles kann man sich auflehnen, nur nicht gegen das „mißtönende Orchester,“ dessen Begleitung ja zu oft unentbehrlich, immer erwünscht ist für einen politischen Solofänger. Und gerade innerhalb der Partei, welche sich als Führerin der Deutschen betrachtet, ist leider der Mut einer eignen Meinung sehr selten. Neulich wurde aus ihrer Mitte gar der Versuch unternommen, an den Thronfolger sich heranzudrängen, ihn gewissermaßen zum Parteigenossen zu machen. Als wir Zeuge dieser Auf-

frischung eines alten, aber durch sein Alter nicht ehrwürdig gewordenen Kunstgriffes mißvergügter Politiker waren, sagten wir uns: Dort unten sitzen doch Männer von politischem Verstande und politischer Bildung und von Taktgefühl — wird denn keiner sich aufraffen, um den Vorlauten abzuschütteln? Doch nein, man ließ dem Ministerpräsidenten Zeit, den Stoß mit einem Ausfall zu pariren, die Fraktionsdisziplin triumphirte, und an der Fraktion bleibt der Makel haften, die zur Genüge erfahren hat, daß dergleichen Fehler nicht leicht in Vergessenheit geraten.

Ebenso wird alles Thun der Parteipresse der Partei selbst aufs Kerbholz geschrieben, in der wahrscheinlich nicht jedes Mitglied mit allem einverstanden ist. Diese Presse hat drei Götter: Parlamentarismus, Freihandel, Judentum, und so schwer es ihr auch mitunter wird, sie weiß sich immer so zu drehen und zu wenden, daß sie am Schluß ihrer Auseinandersetzungen dem betreffenden Allah bescheinigen kann, er sei „groß.“ Z. B. wenn sie einmal nicht umhin kann, dem deutschen Kanzler wohlwollend auf die Schulter zu klopfen, kommt stets der Nachsatz, eines fehle ihm doch zum großen Staatsmanne, er begreife seine Zeit nicht, deren Ideal der Parlamentarismus sei oder, je nachdem, der Freihandel. Die denkwürdige Verhandlung im Herrenhause über den Sprachen-erlaß an die böhmischen Gerichte, eine Verhandlung, in welcher die Präsidenten des obersten Gerichtshofes und des Reichsgerichtes, eine lange Reihe ehemaliger Minister aus der absolutistischen, der „scheinkonstitutionellen“ und der parlamentarischen Zeit und mit wenigen Ausnahmen (zu denen die Kirchenfürsten aus dem Benediktinerorden, deren Vorgänger jederzeit für den österreichischen Staatsgedanken eingetreten waren, und der unselige Professor Maassen, gehörten, der abermals den Deutschen einen Schlag ins Gesicht verfehen zu müssen glaubte) alles, was nicht bloß einen ererbten Namen hat, den Erlaß für verwerflich aus juristischen und politischen Gründen erklärte, nötigt dieselbe Presse anzuerkennen, daß eine Mehrheit nichts beweist, daß die Stimmen gewogen, nicht gezählt werden sollten; aber das verschlägt nichts, der Parlamentarismus bleibt doch groß. Und dem dritten Gott der Zeitungen zu Liebe wird die Wahrhaftigkeit fast Tag für Tag aufs schändeste verlezt. Jedes politische Privatgespräch wendet sich sehr bald der Judenfrage zu, öffentlich aber donnert jeder gegen diejenigen, welche überhaupt diese Frage zulassen. Es ist ja so einfach. Die Zeitungen treiben heute mit dem Worte Antisemitismus denselben Mißbrauch, der zu verschiedenen Zeiten mit den Wörtern liberal, servil, demokratisch, reaktionär u. s. w. getrieben worden ist und mit gouvernemental, offiziös und dergleichen täglich getrieben wird; und das leichteste Gerede wird von ihnen als staatsmännische Weisheit gepriesen, wenn der Redner es mit einigen Anspielungen oder direkten Schmähungen auf die Gegner der jüdischen Allmacht verbrämte. Und da wundert man sich noch, daß die Zahl solcher Gegner mit reizender Schnelligkeit zunimmt! Die Zeitungen jagen ja förmlich die Leute und insbe-

sondre die Jugend, in welcher das Gefühl für Recht und Unrecht noch ungeschwächt ist, in das Lager des Herrn von Schönerer, auf dessen laut und wiederholt erhobene schwere Anschuldigungen die Blätter noch immer keine Antwort haben, als Verschweigen seines Namens, Unterdrücken seiner Reichsratsreden u. s. w. Und doch ist es durchaus unrichtig, alle, die in dem einen Punkte die Ansichten dieses Mannes teilen, für seine Anhänger auszugeben. Mit der Methode, alle ihnen unbequemen Personen des Antisemitismus zu verdächtigen, sind übrigens gerade in diesem Augenblick die Semitenzeitungen übel angekommen. Als die studentischen Demonstrationen gegen den Professor Maafsen über die Grenzen einer wohl verständlichen Entrüstungskundgebung hinausgingen, war man schnell bereit, sie den Antisemiten in die Schuhe zu gießen; und nun kommt zu Tage, daß die Mehrzahl der auf der Gasse abgefaßten Lärmmacher aus Juden besteht! Antisemitische Juden — da wird's allerdings gefährlich. Um jedoch Mißverständnissen zu begegnen, sei erwähnt, daß die Judenblätter keineswegs sämtlich zur deutsch-österreichischen Partei halten, es giebt auch sehr regierungsfreundliche, und einige, die ihre Rechnung dabei zu finden scheinen, daß sie uns ein Bündnis mit Boulanger und Ratkoff gegen die verhaßten Deutschen anpreisen. Ganz unschädlich ist auch diese Gesellschaft nicht; aber viel mehr Verwirrung stellen jene Stimmen an, welche die Deutschen in dem Glauben erhalten, in der Politik müsse es gehen, wie in moralischen Erzählungen, den jetzigen trüben Tagen werde plötzlich wieder ein goldner Morgen folgen, und dann alle Unbill wie ein böser Traum hinter uns liegen; die Deutschen seien einmal auserkoren, in Osterreich die führende Stellung einzunehmen. In der That aber müssen sie diesen Beruf jetzt bethätigen. Und dazu genügen nicht glänzende Reden, zu denen man von den Parteifreunden „beglückwünscht“ wird (eine Phrase, welche offenbar in den Zeitungsdruckereien stereotypirt vorrätig ist), und noch viel weniger dient dazu ein Parteiterrorismus, der jeden verfehlet, welcher nicht sämtliche Punkte des Parteiprogramms unterschreibt. Ob Freihandel oder Schutzzoll, ob unbedingte wirtschaftliche Freiheit oder Sozialismus, ob acht- oder siebenjährige Schulpflicht, und wie sonst noch die Fragen heißen, in welchen die Deutschen uneins sind und schwerlich jemals einig sein werden — das alles muß zurücktreten, so lange die Deutschen in ihrer nationalen Existenz bedroht sind, und diesen Standpunkt müßten sich vor allem diejenigen zu eigen machen, welche den Ehrgeiz haben, die Nation zu führen.

